

KEIN SCHUTZ

IM EXIL

Die prekäre aufenthalts-
rechtliche Lage in Drittstaaten
für unabhängige
Journalist*innen aus Russland

INHALT

Die Situation unabhängiger Journalist*innen aus Russland im Exil

1. Armenien
2. Georgien
3. Indonesien
4. Israel
5. Kasachstan
6. Kirgistan
7. Moldau
8. Mongolei
9. Montenegro
10. Serbien
11. Tadschikistan
12. Thailand
13. Türkei
14. Usbekistan
15. Vereinigte Arabische Emirate

DIE SITUATION UNABHÄNGIGER JOURNALIST*INNEN AUS RUSSLAND IM EXIL

Nach dem 24. Februar 2022 begannen neue massive Repressionen gegen unabhängige Medienschaffende und Aktivistinnen und Aktivisten in Russland. Hunderte unabhängige Medien wurden blockiert, dutzende unabhängige Medienschaffende wurden zu ausländischen Agenten erklärt, und gegen Dutzende von ihnen wurden wegen der Verbreitung von Desinformation und der Diskreditierung der russischen Streitkräfte Strafverfahren eingeleitet. Hunderte unabhängige Medienschaffende mussten Russland verlassen, um einer Strafverfolgung und anderen erheblichen Risiken, die mit der de facto herrschenden Militärzensur verbunden sind, zu entgehen.

Das russische Gesetz ermöglicht Strafverfahren (darunter auch politisch motivierte Verfahren) in absentia, d. h. während sich die betreffende Person im Ausland befindet. Ermittlungen und Urteilsverkündungen können in kürzester Zeit erfolgen. So kam es bereits zu Verurteilungen in Abwesenheit wegen der Verbreitung von Desinformation über das Vorgehen der Streitkräfte der Russischen Föderation. Im August 2023 verurteilte beispielsweise das Moskauer Basmany-Gericht den Gründer des Projekts „Conflict Intelligence Team“, *Ruslan Lewijew*, und den Journalisten *Michael Nacke* zu je 11 Jahren Haft in einer Strafkolonie.¹ Beide halten sich jedoch nicht in Russland auf und können daher ihre journalistische Tätigkeit fortsetzen.

Seit Beginn des Überfalls auf die Ukraine erlebt Russland die größte Auswanderungswelle der letzten Jahrzehnte. Mindestens 155.000 russische Bürgerinnen und Bürger erhielten eine befristete Aufenthaltserlaubnis in der EU, der Türkei oder den GUS-Staaten. Etwa 15.000 Russinnen und Russen beantragten politisches Asyl in der EU, jedoch erhielten nur etwas mehr als 2.000 Personen einen positiven Bescheid.²

Laut einer Umfrage unter russischen Exil-Medienschaffenden³ leben die meisten von ihnen trotz hoher Risiken aufgrund fehlender rechtlicher Möglichkeiten und unzureichender finanzieller Mittel nicht in der EU, sondern in anderen Staaten (Georgien, Armenien, Zentralasien, Serbien u. a.). Die Mehrheit der emigrierten Journalist*innen hat in diesen Ländern lediglich einen Touristenstatus; es gibt für sie keine Möglichkeit, eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen oder, selbst wenn sie diese anfänglich erwerben konnten, sie verlängern zu lassen. Mehr als die Hälfte der befragten Medienschaffenden werden das Land, in dem sie sich befinden, in naher Zukunft verlassen müssen, da es keine Möglichkeit für einen weiteren legalen Aufenthalt gibt oder weil Sicherheitsrisiken bestehen.

1 BBC, www.bbc.com/russian/articles/c51vgyx3dj3o.

2 BBC, „Новые российские эмигранты. Кто они, сколько их и куда уехали?“ (Neue russische Emigranten. Wer sind sie, wie viele gibt es und wohin sind sie ausgewandert?), <https://www.bbc.com/russian/features-65686712>.

3 Die Umfrage wurde im November 2023 von der Redaktion der Zeitschrift „Cholod“ in Zusammenarbeit mit einer Gruppe von Antikriegsjournalistinnen und -aktivisten sowie Medienmanagerinnen und -managern durchgeführt.

Die vorliegende Analyse, angefertigt von der russischen Menschenrechtsorganisation *Mass Media Defence Center* im Auftrag von RSF, bestätigt, dass unabhängige Medienschaffende aus Russland unter den gegenwärtigen Bedingungen in den unten aufgeführten Ländern langfristig nicht weiterarbeiten können. Die hauptsächlichlichen Gründe dafür sind:

- Die Gesetze erlauben in den genannten Ländern ohne Visum nur einen kurzfristigen Aufenthalt als Touristin oder Tourist. Es ist nicht möglich, eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen. Selbst wenn eine Aufenthaltserlaubnis anfänglich erworben werden konnte, ist ihre Verlängerung oftmals schwierig.
- Personen, die einer Straftat auf dem Hoheitsgebiet Russlands beschuldigt oder verdächtigt sind, können ausgeliefert werden, wenn eine zwischenstaatliche oder internationale Fahndung eingeleitet wird.
- Russische Geheimdienste arbeiten auf Grundlage internationaler Abkommen auf dem Hoheitsgebiet von Drittstaaten. Es kommt vermehrt zu Fällen, in denen Personen durch Geheimdienste entführt und aus den jeweiligen Ländern verschleppt werden.
- Für regimekritische Medienschaffende aus Russland sind die Arbeitsbedingungen in autoritären oder totalitären Staaten, die gute Beziehungen zu Russland pflegen, aufgrund von Zensur schwierig. Viele der in diesem Glossar genannten Länder, die in diesem Glossar aufgeführt sind, stehen weit unten auf dem Rang der Pressefreiheit. In solchen Ländern, insbesondere in der Türkei, laufen ausländische Medienschaffende ständig Gefahr, dass ihnen die Akkreditierung entzogen oder gar nicht erst erteilt wird. Dies hat direkte Auswirkungen auf ihre Aufenthaltslage.
- In einigen der genannten Länder bestehen erhebliche Sicherheitsrisiken aufgrund aktueller militärischer Konflikte.
- Im Fall Georgiens kommt es regelmäßig zu Problemen bei der Aus- und Wiedereinreise, wenn Medienschaffende z. B. ihre Quellen treffen wollen.

Armenien

Nach Angaben der Berliner NGO inTransit lebten im Oktober 2023 zwischen 20 und 30 Personen in Armenien (die Namen sind der NGO bekannt), gegen die in Russland Strafverfahren laufen und deren Auslandspässe⁴ in Russland bei Durchsuchungen wurden durchgeführt, und es kam zur Beschlagnahmung. Viele Medienschaffende sowie Dissidentinnen und Dissidenten sind aus Angst vor Strafverfolgung in Russland nach Armenien gekommen, auch weil die Einreise nach Armenien mit einem russischen Inlandspass möglich ist.

Zwischen Russland und Armenien besteht jedoch ein Abkommen über Rechtshilfe und rechtliche Zusammenarbeit, das auch die Unterstützung bei der Auslieferung von Personen beinhaltet, die nach geltendem russischen Recht Straftaten begangen haben oder verdächtigt werden; dazu gehören Strafverfahren wie Extremismus oder die Diskreditierung der Streitkräfte, die oft als politisch motiviert angesehen werden. Da jede unabhängige journalistische Tätigkeit in Russland aufgrund der de facto herrschenden Militärzensur strafbar ist und eine Strafverfolgung in Abwesenheit und innerhalb kürzester Zeit erfolgen kann, besteht für alle unabhängigen russischen Medienschaffenden in Armenien die Gefahr, nach Russland ausgeliefert oder sogar durch russische Sicherheitsbehörden auf dem Hoheitsgebiet Armeniens entführt zu werden.

Aktuell sind zwar noch keine Fälle von Auslieferungen russischer Medienschaffender bekannt, aber es werden regelmäßig Dissidentinnen und Dissidenten mit russischer Staatsbürgerschaft, die in Russland strafrechtlich verfolgt werden, in Armenien inhaftiert. Im Februar 2023 wurde beispielsweise der 31-jährige *Nikita Kamenski* auf dem Flughafen in Jerewan verhaftet, nachdem er in Moskau wegen Vandalismus aufgrund von Anti-Kriegs-Graffiti verurteilt worden war.⁵ Anfang Mai wurde in Jerewan der 17-jährige *Jaroslav Inosemzew* aus Wolgograd festgenommen, der zu diesem Zeitpunkt in Russland wegen der Vorbereitung eines Terroranschlags verurteilt worden war.⁶ Im April 2023 fahndeten die armenischen Sicherheitsbehörden nach *Andrej Melnikow*, einem Blogger aus Anapa, der sich kritisch zum Krieg geäußert hatte.⁷ Die Strafverfolgungsbeamten kamen in das Hostel, in dem der Blogger wohnte, und wollten ihn festnehmen.⁸

Am 6. Dezember 2023 wurde *Dmitri Setrakov*, ein russischer Staatsbürger, von der russischen Militärpolizei auf armenischem Gebiet festgenommen. Setrakov, zuvor als Vertragsbediensteter in Russland tätig, wurde vor seiner Ausreise nach Armenien als Kriegsdeserteur in Russland beschuldigt, nachdem er sich geweigert hatte, an den Kampfhandlungen gegen die Ukraine teilzunehmen. Zum aktuellen Zeitpunkt (15. Dezember 2023) befindet sich Dmitri Setrakov in Haft auf einer russischen Militärbasis in der armenischen Stadt Gyumri. Die Aktion der russischen Militärpolizei wird von

4 Auf russischem Boden können sich russische Staatsangehörige mittels eines Inlandspasses identifizieren. Für Reisen ins Ausland ist in der Regel ein Auslandspass erforderlich.

5 Radio Svoboda, Radio Asatutjun, <https://rus.azatutyun.am/a/32292410.html>.

6 Radio Svoboda, www.svoboda.org/a/v-erevane-zaderzhan-rossijskiy-podrostok-obvinyonnyy-v-podgotovke-terakta/32393657.html.

7 Kawkasski usel, www.kavkaz-uzel.eu/articles/388457.

8 Kawkasski usel, www.kavkazr.com/a/ne-chuvstvuyte-sebya-v-bezopasnosti-zaderzhaniya-aktivistov-yuga-rossii-v-armenii/32425263.html.

Menschenrechtsorganisationen⁹ als Angriff auf Armeniens Rechtssystem und dessen Souveränität betrachtet.

Auch der Konflikt in Bergkarabach und die damit einhergehende politische Instabilität im Land haben negative Auswirkungen auf die Arbeit unabhängiger russischer Medienschaffender sowie Dissidentinnen und Dissidenten in Armenien.

2

Georgien

Georgien hat seine diplomatischen Beziehungen mit Russland infolge des russischen Angriffs auf das georgische Staatsgebiet (Südossetien) im August und September 2008 abgebrochen. Dennoch besteht zwischen beiden Ländern noch immer ein Auslieferungsabkommen. 2020 überstellte Georgien drei Personen an Russland, denen eine Reihe von Straftaten, darunter Mord, vorgeworfen wurde.¹⁰

Etwa 20 % des Hoheitsgebietes Georgiens ist noch immer von der Russischen Föderation besetzt.¹¹ Hier arbeiten auch Vertreter der russischen Geheimdienste und Sicherheitsbehörden, insbesondere des FSB.

Aktuell ist es für Menschen aus Russland praktisch unmöglich, in Georgien eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten bei der Eröffnung eines Bankkontos, der Visabeantragung von Georgien aus für andere Staaten, der medizinischen Versorgung und der Bildungsmöglichkeiten für Kinder.

Unabhängige Medienschaffende, die in Georgien ohne Aufenthaltserlaubnis leben, müssen regelmäßig aus dem Land ausreisen, um ihr Recht auf Aufenthalt zu verlängern („visaran“). In zahlreichen Fällen war es unabhängigen russischen Medienschaffenden und Dissidentinnen und Dissidenten nicht möglich, nach einer solchen Ausreise wieder nach Georgien einzureisen: Sie wurden bei ihrer Rückkehr nicht mehr ins Land gelassen. In den Jahren 2022–2023 betraf das u. a. *Alexander Schwedtschenko (TV Rain)*, *Filipp Dsjadko (Arsamas)*, *David Frenkel (Mediazona)*, *Mitja Aleschkowski (Takije dela)*, *Wassili Krestjaninow (Insider)* sowie *Anna Riwina (Nasiliju net)*. Die Gefahr, dass sich solche Fälle wiederholen, ist groß.

Für russische Medienschaffende, die in Georgien leben, bedeutet dieses Vorgehen unter anderem, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit Probleme bei der Aus- und insbesondere der Wiedereinreise bekommen, wenn sie Georgien verlassen, um sich z.B. mit ihren Quellen zu treffen. Ihre unabhängige Arbeit wird in Georgien also stark erschwert und manchmal sogar völlig unmöglich gemacht.

9 So z.B. die Helsinki Civil Assembly in Armenien, die den Fall verfolgt: <https://hcav.am/en/hcav-statement-08-12-2023>.

10 Iswestija*, <https://iz.ru/1002512/2020-04-21/gruziia-vydala-rossii-trekh-osobo-opasnykh-prestupnikov>. *Hier und im Folgenden: Uns ist bekannt, dass einige der zitierten Quellen (TASS, RIA Nowosti, Iswestija, Wsgljad, RBC, tw. Kommersant sowie staatliche Behörden der Russischen Föderation) keine unabhängigen Informationsressourcen darstellen. In den hier zitierten Fällen bewerten diese Quellen die Ereignisse jedoch nicht, sondern nennen lediglich Fakten (Fälle der Abschiebung oder Auslieferung russischer Staatsbürger). Daher halten wir es für zulässig, sie zu zitieren.

11 Human Rights Watch, www.hrw.org/reports/georgia0109ruweb.pdf.

Russische Dissidentinnen und Dissidenten sehen sich in Georgien zusätzlichen, schwer einschätzba- ren Risiken ausgesetzt. Im Oktober 2023 verschwand in Tiflis das Mitglied der Bewegung „Artpod- gotowka“ *Rafail Schepeljew*. Später stellte sich heraus, dass Schepeljew höchstwahrscheinlich von russischen Geheimdiensten entführt worden war (vermutlich aus dem besetzten Gebiet Georgiens).¹² Am 13. Oktober 2023 erklärte das Gericht des Bezirkes Sowjetski in Wladikawkas (Russland) den Aktivisten wegen „minderschweren Rowdytums“ für schuldig und nahm ihn anschließend unter dem Vorwurf einer terroristischen Straftat in Untersuchungshaft.¹³

3

Indonesien

Für die Einreise nach Indonesien benötigen Menschen aus Russland einen Auslandspass. Ein Visum wird vor oder bei der Einreise für 30 Tage ausgestellt. Es kann einmalig verlängert werden; danach sollte die Ausreise erfolgen.¹⁴

Ein Auslieferungsabkommen zwischen Russland und Indonesien wurde im März 2023 unterzeichnet.¹⁵

4

Israel

Nach Angaben des Fernsehsenders „Nastojaschtscheje wremja“ hat Israel im Jahr 2022 37.000 Personen aus Russland aufgenommen; für 2023 werden weitere 55.000–60.000 Migrantinnen und Migranten aus Russland erwartet.¹⁶

Aufgrund des bewaffneten Konfliktes ist ein sicherer Aufenthalt in Israel aber derzeit nicht mög- lich. Am 7. Oktober 2023 schoss die Terrorgruppe Hamas zwischen 2.500 und 5.000 Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel ab.¹⁷ Unter den Geiseln der Hamas befinden sich auch rus- sische Staatsbürgerinnen und -bürger.¹⁸ Aktuell, im Dezember 2023, befindet sich Israel im

12 Nastojaschtscheje wremja, www.currenttime.tv/a/gruziya-shepelev-rossiya-sizo/32675978.html.

13 Perwyj otdel, <https://t.me/deptone/7747>.

14 Relocation-Guide für russische Staatsbürger, Indonesien, <https://equaniry.notion.site/62f2de9b945a403692b7ee6f039773cf>.

15 Justizministerium Russlands, <https://minjust.gov.ru/ru/events/49396>

16 Nastojaschtscheje wremja, www.currenttime.tv/a/pochemu-relokanty-iz-rossii-ne-begut-ot-voyny-v-izraile/32639304.html.

17 BBC, www.bbc.com/russian/live/news-67038676.

18 RBC, www.rbc.ru/politics/09/10/2023/652442619a794744dc7c7f6d.

Kriegszustand; die israelische Armee führt im Gazastreifen die Militäroperation „Eiserne Schwerter“ durch.¹⁹

5

Kasachstan

Kasachstan hat im Zeitraum 2022–2023 viele Emigrantinnen und Emigranten aufgenommen, die Russland aufgrund der Repressionen und des Krieges in der Ukraine verlassen mussten. Russische Staatsbürgerinnen und -bürger können mit einem Inlandspass nach Kasachstan einreisen und sich bis zu 90 Tage im Land aufhalten. Kasachische Vermieter müssen die lokalen Behörden darüber informieren, wenn unter ihrer Anschrift eine Person aus dem Ausland (so auch Russland) wohnt. Erfolgt eine solche Benachrichtigung nicht, so hatte das bislang zwar keinen Einfluss auf die Rechtmäßigkeit des Aufenthaltes; bei einer späteren Legalisierung könnte es jedoch zu Problemen kommen.²⁰

Für Dissidentinnen und Dissidenten sowie unabhängige russische Medienschaffende ist ein langfristiger Aufenthalt in Kasachstan mit großen Schwierigkeiten verbunden. Zwischen Russland und Kasachstan gilt ein Auslieferungs- und Rechtshilfeabkommen. Kasachstan ist außerdem Mitglied der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Übereinkommen im Rahmen der SOZ sehen praktisch die automatische Auslieferung von gesuchten „Extremisten, Terroristen und Separatisten“ und außerdem die relativ uneingeschränkte Tätigkeit von Geheimdiensten auf dem Hoheitsgebiet der Partnerländer vor. Beide Abkommen kommen regelmäßig zur Anwendung.

Im September 2022 erklärte der Chef des Innenministeriums Kasachstans Marat Achmetshanow, dass es *unvermeidlich sei, Staatsbürger der russischen Föderation, für die ein internationaler Haftbefehl vorliegt, an Russland auszuliefern, z. B., wenn sie sich rechtswidrig der Mobilisierung entziehen wollen.*²¹

Nach Angaben der Berliner Initiative inTransit (Stand Oktober 2023) befinden sich *drei Personen in Kasachstan in Auslieferungshaft* (die Namen sind der Initiative bekannt). Dazu gehören politische Aktivisten wie *Denis Kosak*, der im Februar 2022 inhaftiert wurde, nachdem er einen Kommentar auf Telegram über eine Explosion neben der Verwaltung des Föderalen Sicherheitsdienstes von Archangelsk veröffentlicht hatte.²²

Im Juli 2023 wurde in Astana der Aktivist *Andrej Pawlow* verhaftet, der Ende 2022 aus Russland nach Kasachstan emigriert war. Er kam aufgrund eines russischen Haftbefehls wegen „Diskreditierung der Streitkräfte“ für 72 Stunden in vorläufige Isolationshaft.²³

Im Oktober 2023 kam in Almaty auf Ersuchen der Verwaltung des Innenministeriums der Republik Sacha (Russland) der jakutische Antikriegsaktivist *Ajchal Ammassow* in Untersuchungshaft. Die

19 RBC, www.rbc.ru/politics/16/11/2023/6555e58d9a7947e3b2db93c9?from=newsfeed.

20 <https://equaniry.notion.site/fc94e3e0d26a47f5b8d5f8ee4bd67bbb> (nach Angaben der NGO Kowtscheg [Arche]).

21 RBD, <https://www.rbc.ru/politics/27/09/2022/6332b2969a7947254577630d>.

22 Nowaja Gaseta, <https://novayagazeta.ru/articles/2023/02/13/almaty-ne-vydast-moskva-ne-sest-media>.

23 Nowaja Gaseta, <https://novayagazeta.ru/articles/2023/07/06/est-opaseniia-cto-kazakhstan-ispolnit-trebovaniia-kremlia>.

Behörde gab bekannt, dass die Frage der Auslieferung auf Grundlage internationaler Vereinbarungen geklärt wird.²⁴

Auch bei der Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis bekommen russische Medienschaffende regelmäßig Schwierigkeiten. So lehnten die kasachischen Behörden 2023 eine Verlängerung der temporären Aufenthaltsgenehmigung für die burjatische Journalistin *Jewgenija Baltatarowa*, die in Russland per Strafbefehl gesucht wird, ab. Auch der Flüchtlingsstatus wurde ihr verweigert.²⁵

Seit der blutigen Niederschlagung der Januarunruhen 2022 hat sich Kasachstan in der Rangliste der Pressefreiheit um zwölf Plätze verschlechtert und liegt nun auf Rang 134. Während der Unruhen wurde auch ein russischer Journalist des Staatsmediums RT vorübergehend verhaftet. Zudem schoss ein kasachischer Soldat vor die Füße der unabhängigen russischen Journalisten *Wassili Polonksi* (TV Rain) und *Wassili Krestjaninow* (The Insider)²⁶.

6

Kirgistan

Menschen aus Russland können nach Kirgistan mit Inlandspass einreisen. Ohne Registrierung können sie sich im Land bis zu 30 Tage aufhalten; mit einer Registrierung ist ein Aufenthalt von bis zu 90 Tagen möglich.

Trotz erleichterter Einreisebedingungen ist es für russische Dissidentinnen und Dissidenten nicht ungefährlich in Kirgistan, besonders für diejenigen, die in Russland nach der geltenden Rechtslage strafrechtlich angeklagt sind oder es aufgrund ihrer journalistischen Berichterstattung jederzeit werden könnten. Kirgistan hat ein Auslieferungsabkommen mit Russland. Darüber hinaus arbeiten das staatliche föderale Sicherheitskomitee Kirgistans (GKNB) und der Föderale Sicherheitsdienst Russlands (FSB) bei der Entführung russischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zusammen.

Kirgistan ist ebenso wie Kasachstan Mitglied der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Übereinkommen im Rahmen der SOZ sehen praktisch die automatische Auslieferung von gesuchten „Extremisten, Terroristen und Separatisten“ und außerdem die relativ uneingeschränkte Tätigkeit von Geheimdiensten auf dem Hoheitsgebiet der Partnerländer vor.

Die kirgisische Regierung, die Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste arbeiten eng mit Russland zusammen. Aus den Jahren 2022 und 2023 sind Fälle bekannt, in denen die Strafverfolgungsbehörden Kirgistans die Wohnungen russischer Dissidentinnen und Dissidenten durchsucht und versucht haben, politisch Verfolgte nach Russland auszuliefern.²⁷

24 Radio Svoboda, www.svoboda.org/a/yakutskogo-aktivista-ayhala-ammosova-otpravili-v-sizo-v-kazahstane/32634986.html.

25 Sem na sem, <https://semnasem.org/news/2023/11/13/vlasti-kazahstana-otkazalis-predostavit-status-bezhenki-oppozicionnoj-zhurnalistke-iz-buryatii>.

26 RSF, www.reporter-ohne-grenzen.de/kasachstan/alle-meldungen/meldung/gewalt-gegen-journalisten-ein-fall-fuer-die-un.

27 Cholod, <https://holod.media/2023/06/16/kyrgyzstan-deportiruet-rossiiian>.

Nach Angaben der Berliner Initiative inTransit haben in Kirgistan 2022-2023 *sieben Personen aus Russland* Menschenrechtsorganisationen um Unterstützung gebeten, *weil sie strafrechtlich verfolgt werden*.

2023 begann Kirgistan, im großen Umfang Menschen in Auslieferungshaft zu nehmen und auszuliefern. Ende Mai 2023 entführten Mitarbeiter des kirgisischen Geheimdienstes GKNB den Anarchisten aus dem Uralgebiet *Alexej Roschkow*. Er wurde ohne Gerichtsurteil nach Russland überstellt und dem russischen Geheimdienst FSB übergeben, der wegen eines Brandanschlages auf ein Militärkommissariat nach ihm gefahndet hatte.²⁸

Anfang Juni 2023 wurden in Bischkek zwei Personen aus Russland festgenommen: der Aktivist des Linken Blocks *Lew Skorjakin* und *Alena Krylowa*, die für die Bewegung *Für die Menschenrechte* gearbeitet und Russland verlassen hatte, da sie wegen der Strafsache „Linker Widerstand“ verfolgt wurde. Für beide lag zum Zeitpunkt ihrer Festnahme ein internationaler Haftbefehl vor, und sie kamen in das Untersuchungsgefängnis Nr. 1 in Bischkek.²⁹ *Lew Skorjakin* wurde aus dem Untersuchungsgefängnis zunächst freigelassen, jedoch im Oktober 2023 von russischen Geheimdiensten direkt aus seinem Hostel in Bischkek entführt. Nach der Überstellung nach Russland wurde er in das Untersuchungsgefängnis Butyrka gebracht und brutal gefoltert.³⁰

Allgemein ist unabhängiger Journalismus seit dem Machtantritt von Präsident Sadyr Dschaparow im Jahr 2020 unter starkem Druck. Auf der Rangliste der Pressefreiheit stürzte Kirgistan um 50 Plätze auf Platz 122 ab. Im November 2023 schoben die Behörden den russisch-kirgisischen Journalisten *Bolot Temirow* auf Grundlage eines zweifelhaften Urteils nach Moskau ab.³¹

7

Moldau

Menschen aus Russland können mit einem Auslandspass nach Moldau einreisen. Ohne Visum dürfen sie sich maximal 90 Tage in einem Zeitraum von sechs Monaten ab dem Grenzübertritt im Land aufhalten. Wollen sie länger als 90 Tage in Moldau bleiben, können sie eine Aufenthaltserlaubnis beantragen, wenn sie bestimmte formale Kriterien erfüllen (Studium, Arbeit, Familienzusammenführung u. a.).

Zwischen Russland und Moldau gilt ein Auslieferungsabkommen, das auch zur Anwendung kommt. Moldau hat auch noch nach Beginn des flächendeckenden Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022 Personen nach Russland überstellt. So wurde z. B. im Juli 2022 der Teilnehmer *Dmitri Isotow* ausgeliefert, der in Russland wegen „Betrugs in besonders großem Umfang, begangen durch eine Gruppe von Personen nach vorheriger Absprache“, unter Anklage steht.³²

28 Mediazona, <https://zona.media/article/2023/06/20/gknb>.

29 Ebenda.

30 Laut offiziellen Aussagen von Vertreterinnen und Vertretern von InTransit bei einem Treffen mit Außenministerin Baerbock und anderen Vertreterinnen und Vertreter des Auswärtigen Amtes am 25.10.2023.

31 RSF, www.reporter-ohne-grenzen.de/kirgistan/alle-meldungen/meldung/kirgistan-schiebt-journalisten-ab.

32 TASS, <https://tass.ru/obschestvo/15230391>.

Mongolei

Für die Einreise in die Mongolei benötigen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Russlands einen gültigen Auslandspass; ohne Visum können sie einen Monat lang im Land bleiben. Danach muss ein Visum für weitere 30 Tage oder eine Aufenthaltserlaubnis beantragt werden. Eine solche kann russischen Bürgerinnen und Bürgern bei Übereinstimmung mit formalen Kriterien ausgestellt werden.

In einem Interview mit DW im Oktober 2022 bestätigte der mongolische Premierminister Ojuun-Erdene Luwsannamsrajn, dass nach der Mobilisierung in Russland Tausende russischer Bürgerinnen und Bürger die Grenze zur Mongolei überquert haben. Er versicherte, dass die mongolische Regierung daran arbeite, „die Sicherheit dieser Menschen auf (...) rechtlicher Basis zu gewährleisten“, sagte jedoch auch, dass sie sich nicht länger als 60 Tage in der Mongolei aufhalten dürfen.³³

Auch zwischen der Mongolei und Russland gibt es ein Auslieferungsabkommen. Es sind auch tatsächlich Fälle von Abschiebungen aus der Mongolei nach Russland bekannt. 2023 wurde am Flughafen von Ulaanbaatar der kalmückische Politiker (mit russischer Staatsbürgerschaft) *Batyr Boromangnajew* festgenommen; ihm wurde die Einreise aufgrund seines abgelaufenen Reisepasses verweigert. Nach Angaben des Politikers haben Mitarbeiter der mongolischen Geheimdienste versucht, ihn über Kasachstan nach Russland abzuschleppen, obwohl er um politisches Asyl gebeten hatte. Er vermutete, dass sie auf Anweisung der russischen Sicherheitsbehörden handelten, und gab an, dass ihm im Fall einer Abschiebung wegen seiner Aussagen gegen den Krieg, der „Diskreditierung“ der russischen Armee und der Mitgliedschaft in einer Bewegung für die Unabhängigkeit der russischen Region Kalmückien in Russland Strafverfolgung drohe. Es gelang Boromangnajew, in die USA zu fliegen.³⁴

Als die UN-Generalversammlung im Oktober 2022 mit überwältigender Mehrheit eine Resolution verabschiedete, in der sie die Annexion von vier Gebieten der Ukraine durch Russland verurteilte und die von der Russischen Föderation durchgeführten Pseudoreferenden nicht anerkannte, gehörte die Mongolei zu den Ländern, die sich der Stimme enthielten, was die Verbindung zwischen dem russischen und dem mongolischen Regime auf politischer Ebene bestätigt.

Montenegro

Für die Einreise nach Montenegro benötigen Bürgerinnen und Bürger Russlands kein Visum, wenn sie nicht länger als 30 Tage im Land bleiben. Diese Frist beginnt bei jedem Grenzübertritt von neuem.

³³ DW (Deutsche Welle), www.dw.com/ru/premerministr-mongolii-obesaet-zasitu-beglecam-ot-mobilizacii-v-rf/a-63449565.

³⁴ Radio Asatlyk, www.idelreal.org/a/32294768.html.

Die schnellste Möglichkeit, in Montenegro eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, ist der Kauf einer Immobilie oder die Gründung eines Unternehmens (was jedoch für viele Menschen im Exil aus finanziellen Gründen keine Option ist).

Zwischen Russland und Montenegro gilt ein Auslieferungsabkommen. Es gab auch schon Fälle von Auslieferungen. 2023 überstellte Montenegro auf Ersuchen der Generalstaatsanwaltschaft Russlands *Alexej Manukin*, welcher der vorsätzlichen schweren Gesundheitsschädigung mit unbeabsichtigter Todesfolge beschuldigt worden war.³⁵ Im September 2023 erfolgte die Auslieferung des Russen *Igor Fomin*, nach dem wegen des Vorwurfs der Gewaltanwendung gegen ein 14-jähriges Mädchen in Nowosibirsk international gefahndet wurde.³⁶ Im August weigerte sich Montenegro allerdings, den früheren FSB-Oberst *Dmitri Senin* auszuliefern, der im Land politisches Asyl erhalten hatte.³⁷

10

Serbien

Nach Serbien können russische Staatsangehörige mit Auslandspass einreisen. Ein Visum ist nicht nötig, wenn der Aufenthalt im Land nicht länger als 30 Tage dauert. Andernfalls muss man das Land verlassen.

Nichtsdestotrotz hatten viele nach Serbien emigrierte Journalistinnen und Journalisten sowie Aktivistinnen und Aktivisten Probleme, insbesondere bei der Einreise.

Auf Schwierigkeiten bei der Einreise stieß beispielsweise der russische Antikriegsaktivist *Pjotr Nikitin* im Juli 2023. Er wurde nicht ins Land gelassen, obwohl er seit 2016 in Serbien lebte. Auf dem Flughafen in Belgrad wurde Nikitin eine Verfügung des serbischen Innenministeriums vorgelegt, laut der ihm die Einreise verboten ist.³⁸ Dasselbe erlebte auch der Student und Antikriegsaktivist *Ilja Sernow*, der nach Beginn des flächendeckenden Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine nach Serbien ausgereist war.³⁹

Zur selben Zeit lehnte das serbische Innenministerium die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis für den russischen Oppositionellen *Wladimir Wolochonski* ab, weil er eine Gefahr für die Sicherheit des Landes darstelle. In der Begründung hieß es, die Polizei habe die Information über eine mögliche Bedrohung vom serbischen Grenzschutz erhalten, als sie eine Anfrage wegen der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis mit dem Ziel der Arbeitsaufnahme gestellt hatte. Gründe für diese Entscheidung werden nicht genannt.⁴⁰

35 Iswestija, <https://iz.ru/1519233/2023-05-26/chernogorija-vydala-rossii-obviniaemogo-v-tiazhkom-prestuplenii>.

36 TASS, <https://tass.ru/proisshestviya/18864399>.

37 Radio Svoboda, <https://www.svoboda.org/a/chernogoriya-otkazalasj-ekstradirovatj-v-rossiju-byvshego-polkovnika-fsb/32570192.html>.

38 BBC, www.bbc.com/russian/articles/c721845wggpo.

39 Nastojaschtscheje wremja, www.currenttime.tv/a/serbiya-zernov/32671911.html.

40 Radio Svoboda, www.svoboda.org/a/uehavshemu-v-serbiyu-oppozitsioneru-iz-peterburga-soobschili-o-nezhelateljnosti-prebyvaniya-v-strane/32518229.html.

Russische Bürgerinnen und -bürger haben Stand November 2023 die rechtliche und faktische Möglichkeit, bei Erfüllung formaler Kriterien eine Aufenthaltserlaubnis in Serbien zu bekommen. Bei deren Verlängerung hatten jedoch in diesem Jahr viele russische Aktivistinnen und Aktivisten sowie Medienschaffende Probleme. Im August 2023 annullierten die serbischen Behörden so z.B. die Aufenthaltserlaubnis von *Jewgeni Irschanski*, der Antikriegskonzerte organisiert.⁴¹

Nach Serbien emigrierte Medienschaffende sowie Aktivistinnen und Aktivisten sind ebenfalls oft Bedrohungen ausgesetzt, sowohl online als auch in Person. So wurden beispielsweise die Antikriegskünstlerinnen und -künstler *Anna Gladyschewa* und *Gleb Puschew* schikaniert und bedroht.⁴² Nach Aussage der Organisation Russische demokratische Gesellschaft wurden sie nach ihrer Ankunft in Serbien durch die lokale prorussische Telegram-Gruppe Z-Orlovi verfolgt, die u. a. von der Wagner-Gruppe finanziert wird. Diese Verfolgung äußerte sich u. a. in Drohungen in öffentlichen Posts.

11

Tadschikistan

Für die Einreise nach Tadschikistan benötigen Bürgerinnen und Bürger Russlands einen Auslandspass. Ohne Visum können sie bis zu 90 Tage im Land bleiben.

Zwischen Russland und Tadschikistan gilt ein Auslieferungsabkommen. Tadschikistan ist außerdem Mitglied der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Übereinkommen im Rahmen der SOZ sehen praktisch die automatische Auslieferung von gesuchten „Extremisten, Terroristen und Separatisten“ und außerdem die relativ uneingeschränkte Tätigkeit von Geheimdiensten auf dem Hoheitsgebiet der Partnerländer vor.

Die Pressefreiheit in Tadschikistan befindet sich auf einem äußerst niedrigen Niveau. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen führte der Druck von Seiten der Regierung im vergangenen Jahr dazu, dass viele unabhängige Medien ihre Arbeit einstellen mussten, darunter die Zeitung *Osodagon* und das Nachrichtenportal *Achbor*. Im Jahr 2022 wurden in Tadschikistan mehrere Medienschaffende zu langen Haftstrafen verurteilt, darunter *Abdullo Gurbati*, der wegen vermeintlicher Beleidigung eines Regierungsvertreters in der Öffentlichkeit, Gewaltanwendung gegen einen Polizeibeamten und Teilnahme an extremistischen Handlungen zu einer Haftstrafe von 7,5 Jahren verurteilt wurde.⁴³ Dutzende Medienschaffende mussten das Land verlassen, und da viele große Nachrichtenseiten und soziale Netzwerke gesperrt wurden, sind auch zahlreiche tadschikische Medien ins Exil gegangen.

In der Rangliste der Pressefreiheit fiel Tadschikistan mit dem Platz 153 aus 180 in 2023 in die schlechteste von fünf Wertungskategorien (sehr ernste Lage)⁴⁴. Ausländische Medienschaffende in Tadschikistan laufen ständig Gefahr, dass ihnen die Akkreditierung entzogen oder gar nicht erst erteilt wird.⁴⁵

41 Nastojaschtscheje wremja, www.currenttime.tv/a/serbiya-irzhanskiy/32570096.html.

42 Nastojaschtscheje wremja, www.currenttime.tv/a/lyubovyu-putinu-borotsya-rossiyane-serbi/32462871.html.

43 RSF, <https://rsf.org/en/tajikistan-government-steps-persecution-journalists>.

44 RSF, <https://rsf.org/en/2023-world-press-freedom-index-journalism-threatened-fake-content-industry>.

45 RSF, <https://rsf.org/en/country/tajikistan>.

Thailand

Die Einreise nach Thailand ist für Menschen aus Russland mit Auslandspass möglich. Seit dem 1. November 2023 und noch bis zum 30. April 2024 können sich russische Staatsbürgerinnen und -bürger bis zu 90 Tage ohne Visum in Thailand aufhalten. Ab dem 1. Mai 2024 verkürzt sich die mögliche Aufenthaltsdauer ohne Visum auf 60 Tage.

Im März 2023 unterzeichnete Thailand ein Auslieferungsabkommen mit Russland. Offiziell wurde diese Entscheidung vor dem Hintergrund der „Massenmigration“ russischer Bürgerinnen und Bürger getroffen, die u. a. vor Mobilisierung und Wehrpflicht in Russland fliehen.⁴⁶ Seit Februar 2022 sind Zehntausende aus Russland nach Thailand ausgewandert.⁴⁷

Aber auch schon vor Unterzeichnung des Auslieferungsabkommens hatte Thailand Bürgerinnen und Bürger aus Russland ausgeliefert, wenn diese unter Anklage in einer Strafsache standen.⁴⁸ Bereits 2014 hatten thailändische Behörden den Russen *Konstantin Sarezki* abgeschoben, der zu diesem Zeitpunkt schwerer Erpressung beschuldigt wurde.⁴⁹ 2018 wurde *Roman Dmitruk*, der Anführer einer kriminellen Gruppe aus Primorje, wegen Kreditbetrugs aus Thailand abgeschoben und nach Russland verbracht.⁵⁰

Türkei

Die Einreise in die Türkei ist für Bürgerinnen und Bürger aus Russland mit Auslandspass möglich. Ohne Visum können sie sich maximal 60 Tage im Land aufhalten. Die Anzahl der Einreisen ohne Visum ist unbegrenzt, aber die Aufenthaltsdauer im Land darf insgesamt 90 Tage innerhalb eines Zeitraumes von 180 Tagen nicht überschreiten.

Eine Aufenthaltserlaubnis für die Türkei zu erhalten ist für Menschen aus Russland seit 2023 extrem schwer. Seit Ende 2022 wurden Anträge von Russinnen und Russen auf eine solche Erlaubnis in großem Ausmaß abgelehnt.⁵¹

Zwischen Russland und der Türkei gibt es ein Auslieferungsabkommen. Darüber hinaus ist es in der Türkei nach dem neuen Mediengesetz gegen „Desinformationen“ seit 2022 strafbar (und wird mit

46 RBC, www.rbc.ru/politics/16/03/2023/64128c619a7947509b906a6d.

47 Kommersant, www.kommersant.ru/doc/5875774.

48 BFM, www.bfm.ru/news/147392.

49 Wsgljad, <https://vz.ru/news/2014/10/30/713054.html>.

50 RBC, www.rbc.ru/rbcfreeneews/5c0ad2379a7947ec6a50b201.

51 Kommersant, www.kommersant.ru/doc/5748978.

bis zu drei Jahren Gefängnis geahndet), sogenannte Fakes zu verbreiten⁵², was nach Ansicht von Migrationsexpertinnen und -experten die Auslieferung von Personen aus der Türkei erleichtert, denen in Russland dieselbe Straftat vorgeworfen wird.⁵³

2023 hat Russland mit Unterstützung der Türkei die Auslieferung seiner Bürgerinnen und Bürger über Transitstaaten erprobt und angewendet. In einem konkreten Fall war ein russischer Bürger, der in Russland schweren Betrug beschuldigt wurde, in Rumänien untergetaucht, wo er vom lokalen Zentralbüro der Interpol festgenommen wurde. Die Generalstaatsanwaltschaft Russlands ersuchte um seine Auslieferung, und der Mann wurde von Rumänien über die Türkei nach Russland überstellt.⁵⁴

Der Aufenthalt in der Türkei ist auch deshalb gefährlich, weil die türkischen Behörden ebenfalls Medienschaffende überwachen und verfolgen. Fast 50 Journalistinnen und Journalisten haben 2023 mindestens einen Tag in einem türkischen Gefängnis verbracht. Auf der Rangliste von Reporter ohne Grenzen belegt die Türkei Platz 165 von 180 (vorläufiges Ergebnis von 2023). Es wurden Fälle dokumentiert, bei denen ausländischen Medienschaffenden ihre Akkreditierungen, welche als Voraussetzung für ihre Aufenthalte in der Türkei galten, willkürlich entzogen oder erst gar nicht erteilt wurden.⁵⁵

Zudem ist die Türkei als Staat in finanzieller und politischer Hinsicht eng mit der Russischen Föderation verbunden. Für russische Staatsangehörige in der Türkei kann die unabhängige Berichterstattung und öffentliche Kritik am Kreml problematisch und gefährlich sein.

14

Usbekistan

Nach Usbekistan kann man aus Russland mit Auslands-pass einreisen; ein Visum ist nicht erforderlich. Menschen aus Russland müssen sich temporär registrieren lassen, wenn sie sich länger als 15 Tage in der Republik aufhalten. Zwischen Russland und Usbekistan gilt ein Auslieferungsabkommen. Usbekistan ist außerdem Mitglied der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Übereinkommen im Rahmen der SOZ sehen praktisch die automatische Auslieferung von gesuchten „Extremisten, Terroristen und Separatisten“ und außerdem die relativ uneingeschränkte Tätigkeit von Geheimdiensten auf dem Hoheitsgebiet der Partnerländer vor. Darüber hinaus ist Usbekistan in finanzieller und politischer Hinsicht offenkundig von Russland abhängig.

Aus diesem Grund ist die Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis für russische Bürgerinnen und Bürger mit einigen Schwierigkeiten verbunden. So muss man insbesondere seine Arbeitsstelle angeben, was gefährlich sein kann, wenn Antragstellende in einer oppositionellen NGO oder für unabhängige Medien arbeiten.

52 Zeit, www.zeit.de/politik/ausland/2022-10/tuerkei-parlament-desinformation-gesetz-haftstrafen.

53 RBC, www.rbc.ru/rbcfreenews/63496f719a7947657cdc1744.

54 RIA, <https://ria.ru/20230403/ekstraditsiya-1862554323.html>.

55 RSF, www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/tuerkische-behoerden-verweigern-journalisten-akkreditierung.

Generell hat es unabhängiger Journalismus in Usbekistan sehr schwer (auf der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen belegt das Land Platz 137 von 180).⁵⁶ Im Juni 2021 verweigerten die Behörden der polnischen Journalistin *Agnieszka Pikulicka-Wilczewska* eine Verlängerung ihrer Akkreditierung und erteilten ihr im November 2021 eine Einreisesperre. Die freie Journalistin arbeitete drei Jahre im Land. Sie gibt an, von einem Mitarbeiter des Außenministeriums sexuell belästigt worden zu sein. Das Außenministerium warf ihr vor, mit Berichten über die LGBT-Thematik gegen usbekische Gesetze verstoßen zu haben⁵⁷.

15

Vereinigte Arabische Emirate

Russische Staatsangehörige können ein Visum für die mehrmalige Einreise in die VAE beantragen, das sechs Monate ab Ausstellungsdatum gültig ist. Es erlaubt den Aufenthalt von insgesamt 90 Tagen im Land. Nach Ablauf dieser Zeit können Menschen aus Russland einen Antrag auf ein vorab vereinbartes Visum stellen, wenn sie formale Kriterien dafür erfüllen.

Zwischen Russland und den VAE gilt ein Auslieferungsabkommen. Die Emirate liefern auch nach Beginn des flächendeckenden Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022 weiter Personen aus, die in Russland aufgrund von Straftaten verurteilt wurden. So teilte die russische Staatsanwaltschaft im August 2023 mit, dass die VAE auf offizielles Ersuchen den Wirtschaftswissenschaftler *Igor Kremenewski* nach Russland überstellen, der dort wegen Betrugs strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden soll.⁵⁸

Autoren:

Mass Media Defence Center (MMDC),
Beauftragt und bearbeitet von RSF
Woronesch, Russland, 15. Dezember 2023

⁵⁶ RSF, <https://rsf.org/en/country/uzbekistan>.

⁵⁷ Radio Svoboda, www.rferl.org/a/uzbekistan-pikulicka-wilczewska-banned/31551692.html.

⁵⁸ Generalstaatsanwaltschaft Russlands, <https://epp.genproc.gov.ru/web/gprf/mass-media/news?item=89838645>.